

Stadt Braunschweig

Stellungnahme der Verwaltung

Stellungnahme der Verwaltung		Fachbereich/Referat	Nummer
		0100	10586/14
zur Anfrage Nr. 3185/14 d. Frau/Herrn/Fraktion CDU - Fraktion vom 06.10.2014	Datum	15.10.2014	
	Genehmigung		
Überschrift	Dezernenten		
Regionsdebatte – Braucht man ein SPD-Parteibuch für aktuelle Informationen?	Dez. I		
Verteiler	Sitzungstermin		
Rat	21.10.2014		

Seit Jahren wird über die Schaffung einer Region bzw. über eine Neuordnung der kommunalen Gebietskörperschaften in Umland von Braunschweig diskutiert. Auslöser für die aktuell geführte Debatte waren vor allem die finanzielle Lage des Landkreises Helmstedt sowie Fusionsüberlegungen, die sich vor diesem Hintergrund für den Landkreis Helmstedt und die Stadt Wolfsburg ergeben hatten.

Nachdem die Landesregierung klargestellt hat, dass eine Eingemeindung des Landkreises Helmstedt in die Stadt Wolfsburg nicht in Betracht kommt, ist derzeit eine Fusion der Landkreise Helmstedt und Wolfenbüttel im Gespräch. In diesem Zusammenhang gibt es Stimmen, die keine komplette Fusion der beiden Landkreise anregen, sondern einzelne Gemeinden der bisherigen Landkreise zum Beispiel mit den Städten Wolfsburg oder Braunschweig verbinden möchten.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Diskussion, die in der Öffentlichkeit, in der Politik und in der Verwaltung facettenreich geführt wird, das Stadium konkreter Festlegungen oder Beschlüsse noch nicht erreicht hat.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich die Fragen wie folgt:

- zu 1.) Der Oberbürgermeister nimmt bei zahlreichen Anlässen die Gelegenheit wahr, sich mit Mitgliedern der Landesregierung auszutauschen. Konkrete Gesprächstermine der Verwaltungsspitze mit der Landesregierung zum Thema „Region“ hat es im Januar, im April, im August und im Oktober 2014 jeweils in Hannover gegeben. Die Gespräche dienten dem Meinungs austausch und werden fortgesetzt. An den Gesprächen haben zum Teil auch Funktionsträger mit CDU-Parteibuch teilgenommen.
- zu 2.) Wie genau eine Neuordnung der kommunalen Gebietskörperschaften in der Region Braunschweig aussehen könnte und welche konkreten Fusionen für welche Gebietskörperschaft zu welchem Zeitpunkt sinnvoll wären, ist noch nicht geklärt. Denkbar ist vieles, aber abschließend besprochen ist unter den Beteiligten noch nichts.

zu 3.) Da es noch keine Entscheidung gibt, stehen weiterhin alle Optionen zur Diskussion. Nicht nur die Kommunen sind vor Gebietsänderungen zu beteiligen; die Verfassung schreibt darüber hinaus auch eine Anhörung der Einwohnerinnen und Einwohner vor.

Gez.

Markurth

- Es gilt das gesprochene Wort -